

Kurt Greussing

## Kriegerdenkmäler oder Opferdenkmäler?

Rede zur Präsentation des Buches „Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945“<sup>1</sup> – Bregenz, Alter Landtagssaal, April 1985

Erschienen in: *Allmende – eine alemannische Zeitschrift*, Nr. 11, 1985, S. 103-109

Zeitgeschichte, so hört man gelegentlich nicht nur von konservativeren Historikern, sei problematisch, weil sie allzu leicht politisch motiviert sei und politisch zu Vereinnahmungen sei. Auch komme die Objektivität abhandeln. Wenn das Argument schon so holzschnittartig dasteht, dann scheint eher das Umgekehrte richtig: zeitgeschichtliche Forschung, die zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung wird, ist im Zweifelsfalle „objektiver“ als eine Geschichtsschreibung, die niemandem weh tut (und niemanden erfreut), denn politische Auseinandersetzung zwingt zur Schärfung der Begriffe, zur Überprüfung liebgewonnener Grundannahmen („rechter“ wie „linker“), zu sorgfältigerem Umgang mit den (im Regelfall gut nachprüfbaren) Quellen. „Politisierung“ von Zeitgeschichte ist, wie ich glaube, wünschenswert und für die Forschung dringend nötig: Ihre Ergebnisse dem Meinungsstreit kritischer Bürger auszusetzen, das ist in gut wie traditionell verstandenem Sinne „Politisierung“.

Was beim neuesten Buch der „Johann August Malin-Gesellschaft“ – „Von Herren und Menschen“ – sicher auf Widerspruch stoßen und solchen wünschenswerten Meinungsstreit hervorrufen wird, ist die Einbeziehung der Zeit von 1933 bis 1938 und die Bezeichnung des „autoritären Staates“ (wie er von Konservativen genannt wird) als „austrofaschistisch“. Der Widerspruch wird sich an zwei Sachverhalten festmachen: erstens daran, daß Verfolgung und Widerstand von 1933, vor allem aber von 1934 bis 1938, mit der unbestreitbar viel schlimmeren und breitflächigeren Verfolgung von 1938 bis 1945 in einen thematischen Zusammenhang gebracht werden; und zweitens, daß das österreichische System jener Zeit, genauso wie das italienische und das deutsche, als faschistisch bezeichnet wird – freilich mit der Präzisierung, daß es sich um eine eigene *österreichische* Version des Faschismus gehandelt hat.

Es steht völlig außer Frage, daß viele Vorarlberger Christlichsoziale jener Zeit, vor allem Leute aus der christlichen Arbeiterbewegung und Gewerkschaft, sich gegen einen antidemokratischen und faschistischen Kurs ausgesprochen haben, wie er vor allem von der Heimwehführung vertreten wurde. Solchen Männern – genannt sei hier etwa Dr. Karl Drexel – war klar, daß eine Ausschaltung der *linken* Arbeiterbewegung auch eine Schwächung von Arbeiterinteressen innerhalb des christlichsozialen Lagers bedeuten müßte. Doch wenn auch eine solche Kritik nach 1933 und vor allem nach 1934 virulent geblieben und im Vorarlberger Landtag von Arbeitervertretern, etwa dem Abgeordneten Fäßler, manchmal mit überraschender Deutlichkeit geäußert worden ist, so ändert das nichts daran, daß das ab März 1933 – nach der Ausschaltung des Parlaments – *vorbereitete* und nach dem Februar 1934 endgültig *errichtete* System objektive faschistische Merkmale aufwies. Nämlich die

- Ablehnung des Parteienstaats – statt dessen die Etablierung einer staatlichen Einheitsorganisation;
- Ablehnung eines auf Parteienkonkurrenz und Volkswahlen beruhenden Parlamentarismus;
- Förderung einer staatlichen Einheitsideologie mit stark ausgeprägten nationalistischen, anti-slawischen und antisemitischen rassistischen Elementen und autoritären sozialromantischen

---

<sup>1</sup> Erschienen in fink's verlag, Bregenz 1985, 411 Seiten, 75 Abbildungen, öS 288,-

Zielen, die einer sehr eingeeengten Interpretation der katholischen Soziallehre entsprangen;

- Weiters: Führerkult, Militarisierung besonders der Jugendorganisationen und vor allem
- die Unterdrückung einer unabhängigen Arbeiterbewegung, während gleichzeitig die Macht des Kapitals nicht angetastet wurde.

Diese ideologischen und politisch-sozialen Strukturen hat es natürlich auch in Vorarlberg gegeben. Bereits eine Woche nach der angeblichen Selbstausschaltung des Parlaments am 4. März 1933 hat das Vorarlberger Organ der Christlichsozialen, das „Volksblatt“, diesen Akt als Möglichkeit für die Regierung begrüßt, auf unbefristete Zeit ohne Volksvertretung zu regieren. Im Verständnis des „Volksblatts“ war das eine durchaus demokratische Maßnahme. Dort hieß es am 11. März 1933:

„Die Demokratie ist eine schöne Einrichtung, wenn ein Volk sie zu handhaben versteht. ... Demokratie kann aber auch in schändlicher Weise mißbraucht werden von einem Volke, das dazu nicht reif ist. ... Dann ist es notwendig, daß die vom Volke demokratisch gewählten Beauftragten besondere Vollmachten erhalten, um kürzere oder längere Zeit auf eigene Faust regieren und Ordnung machen zu können.“

Gerade wenn das ernst gemeint war – und solche Vorstellungen gibt es sicher auch noch heute –, dann ist das die Quadratur des Kreises: Diese Form der „Demokratie“ schließt ja die Bevölkerung gerade aus bzw. sie wird zur politischen Teilhabe erst zugelassen, wenn sie sich den ideologischen Vorstellungen der Machthaber unterworfen hat. Das ist das genaue Gegenteil einer liberalen und aufklärerischen Konzeption von Demokratie, die ja Institutionen für die humane Austragung gesellschaftlicher Gegensätze bereitstellen will und folglich darauf *besteht*, daß soziale und weltanschauliche Konflikte freimütig artikuliert und innerhalb akzeptierter Institutionen politisch ausgetragen werden können.

Von einer solchen Demokratiekonzeption war allerdings Dr. Otto Ender, der Vorarlberger Landeshauptmann und führende Kopf der Christlichsozialen in der Zwischenkriegszeit, zumindest ab dem Beginn der dreißiger Jahre weit entfernt. In einer Ansprache in Rankweil am 1. Mai 1933 sagte er unter anderem in einer klaren Absage an Parteienstaat und Parlamentarismus:

„Was gesund ist am Hitlertum, wollen wir aufgreifen und soweit auch verwirklichen, als es für unsere Vorarlberger und für unsere österreichischen Verhältnisse paßt. Ein nationalsozialistischer Redner hat kürzlich den Bundeskanzler Dr. Dollfuß verspottet: er sei ein Imitator Hitlers. Der Mann hat nicht bemerkt, wie er damit Hitler verspottete. Er hat nicht daran gedacht, daß es vor Hitler einen Mussolini gab und daß Mussolini ein Italiener von Blut und Sprache ist. Möge unser Dr. Dollfuß ein guter Imitator guter Vorbilder sein ... Eine nationale Erhebung geht durch Deutschland, und alles erkennt ihren Wert. Dollfuß ruft Österreich zum nationalen Neubau unseres katholischen Österreich und wir wollen seinem Rufe folgen.“

Eine solche offensiv antidemokratische Haltung war weder eine Verteidigungsreaktion gegenüber dem erstarkenden in- und ausländischen Nationalsozialismus, der damals die Eigenstaatlichkeit Österreichs noch nicht bedrohte, noch war es eine Verteidigungsreaktion gegen die Sozialdemokratie. Denn die erachtete man im April und Mai 1933 schon als so schwach und politisch unbedeutend, daß man selbst ihre Bündnisangebote zu einem gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus – auch im „Vorarlberger Volksblatt“ – nur mit höhnischen Kommentaren bedachte – so am 29. April 1933:

„Einst galt die österreichische Sozialdemokratie als das Musterbild aller Sozialdemokratien in Europa, und heute haben die Austromarxisten Demut genug, fast jeden Tag den Christlichsozialen ein Bündnis anzubieten, um den gemeinsamen Feind, den Nationalsozialismus, zurückzudrängen.“

Daß dann die Februarereignisse des Jahres 1934 in Vorarlberg lediglich die Verhaftung führender

Sozialdemokraten, aber keine Kämpfe und vor allem nicht die Verhängung schwerer Strafen zur Folge hatten, hat seinen Grund eher in der Schwäche der linken Arbeiterbewegung des Landes gehabt als in der Toleranz der Herrschenden. Dr. Ender hat das in der Landtagssitzung am 3. März 1934, also rund drei Wochen nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei klar ausgesprochen:

„Es hat sich zwar jener Aufstand auf Vorarlberg nicht erstreckt, aber wir wären auch hier mit derselben Entschiedenheit bereit gewesen, die Freiheit unseres Vaterlandes, die Freiheit unserer Heimat zu schützen ... Es muß das unserer Sozialdemokratie anerkannt werden, daß sie eine vernünftige Haltung eingenommen hat in jenen Tagen. Sie teilt aber das Schicksal der Gesamtpartei, daher die verwaisten Bänke.“

Wenn also für die Zeit von 1934 bis 1938 von Faschismus, auch hier in Vorarlberg, die Rede ist, dann ist von politischen und gesellschaftlichen Strukturen die Rede. Und die haben, wie vieles andere, nicht auf der Tiroler Seite des Arlbergs aufgehört. Auch in Vorarlberg waren die Organisationen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei verboten; 129 Männer büßten ihr illegales parteiliches oder gewerkschaftliches Engagement mit mehr oder weniger langen Haftstrafen.

Ein solches System lediglich als „Diktatur“ oder fast beschönigend als „autoritären Staat“ zu bezeichnen, das scheint mir zu wenig. Diktaturen oder autoritäre Staaten – das sind auch Chile, Vietnam, Algerien, Malaysia und wahrscheinlich rund hundert andere; eine Präzisierung kann hier nicht schaden.

Faschismus: der Begriff bezeichnet jene sozialen Bewegungen in entwickelteren Industriestaaten, die *ideologisch* Liberalismus und Sozialismus beseitigen und *gesellschaftspolitisch* eine unabhängige Arbeiterbewegung, den Parteienstaat und die Institutionen einer repräsentativen Demokratie zerstören wollen oder tatsächlich zerstören. Für die besondere österreichische Ausprägung einer solchen Bewegung und eines solchen Systems scheint mir der Begriff „Austrofaschismus“ recht passend.

Es ist dabei unbestritten, daß der Nationalsozialismus als die effektivste Variante des europäischen Faschismus zugleich auch die brutalste und unmenschlichste war. Manches „erstrahlt“ im Vergleich mit dem Nationalsozialismus in einem etwas milderen Licht: der italienische Faschismus etwa – bei dessen Bezeichnung größere Einhelligkeit bestehen dürfte als beim Austrofaschismus. Während der 16 Jahre unangefochtener faschistischer Herrschaft in Italien wurden 42 Antifaschisten zum Tode verurteilt und 31 tatsächlich hingerichtet. Die meisten Regimegegner – nämlich rund 17 000 – kamen in Gefängnisse oder in die Verbannung in abgelegene Orte. Gefängnis und Lager waren dabei nicht als menschenzerstörende Institutionen vorprogrammiert – sie entwickelten sich sogar oft zu regelrechten antifaschistischen Kadernschulen.

Hier der Vergleich mit Deutschland: Von 1933 bis 1939 verurteilten allein die ordentlichen Gerichte mehr als 225 000 Männer und Frauen aus politischen Gründen. Mehr als eine Million kam bis Kriegsende aus im engeren Sinn politischen Gründen ins KZ, Zehntausende sind dort verhungert, erfroren, zu Tode gequält, erschossen worden. In Italien gab es 31 vollstreckte Todesurteile, im Deutschen Reich von 1933 bis 1944 11 881, und noch 1945 weitere 800. Und während im Ersten Weltkrieg von der deutschen Heeresjustiz 150 Todesurteile verkündet wurden, sprachen nationalsozialistische Militärrichter von 1939 bis 1944 rund 12 000 Todesurteile aus – 9 413 Offiziere und Soldaten wurden hingerichtet. Allein 1944 waren es rund 450 Todesurteile pro Monat. (E. Krippendorff in der Berliner „Tageszeitung“, 14.12.1984).

Das ist in der Tat die ungeheuerliche Dimension der nationalsozialistischen Ideologie und des deutschen Faschismus als System: daß er zur planmäßigen, ja zur fabrikmäßigen Vernichtung von Menschen schritt, die der staatlichen Normierung nicht entsprachen oder sich ihr widersetzten. Und genau das macht auch die Grenze zum österreichischen oder zum italienischen Faschismus aus. Dem Austrofaschismus etwa setzte die christliche Tradition, aus der er kam und zu der er sich bekannte,

die entscheidende Schranke, über die sich der Nationalsozialismus so radikal hinwegsetzte: daß es für politische Gegner zwar kein Naturrecht auf demokratische Freiheiten gibt, aber ganz sicher ein Naturrecht auf Leben.

Der radikale Gleichschaltungs- und Vernichtungsanspruch des Nationalsozialismus hat auch in Vorarlberg dazu geführt, daß die Verfolgungsmaschinerie des NS-Staates in alle Schichten der Bevölkerung eingriff. Dies ist die nüchterne Bilanz der Jahre von März 1938 bis April 1945, soweit sie heute gezogen werden kann und wie sie dieses Buch ausweist:

- Rund 2 000 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger aller Schichten und Altersstufen waren aus politischen Gründen oder wegen bestimmter Formen von Widersetzlichkeit inhaftiert;
- mindestens 115 Personen wurden in ein KZ eingewiesen, mindestens 36 von ihnen fanden dort den Tod;
- insgesamt wurden mindestens 80 Personen aus diesem Land aus politischen Gründen von Gerichten zum Tod verurteilt und hingerichtet, in Konzentrationslagern zu Tode gebracht, im Widerstand und auf der Flucht getötet oder sie haben den Freitod gewählt, um der KZ- bzw. Gefängniseinlieferung zu entgehen;
- über 300 Männer und Frauen aus Vorarlberg wurden Opfer des nationalsozialistischen Euthanasieprogramms;
- in die Hunderte gehende Verhaftungen von Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeitern und deren Einlieferungen in sogenannte „Arbeitserziehungslager“ und Konzentrationslager – auch sie gehören dazu, wenn man ein Bild der nationalsozialistischen Herrschaft in Vorarlberg zeichnen will.

Die meisten Formen der nationalsozialistischen Verfolgung und der antifaschistischen Opposition sind aus dem öffentlichen Bewusstsein Vorarlbergs verdrängt worden. Diese Verdrängung geschah recht umfassend, und sie geschah zugleich selektiv:

- Vergessen wurden sehr leicht Angehörige des linken Lagers – Kommunisten, Sozialdemokraten –, wohl weniger, weil es „Linke“ waren, sondern vor allem deshalb, weil es sich sehr oft um einfache Leute, um Arbeiterinnen und Arbeiter gehandelt hat, und weil man vielen von ihnen, zumindest geistig, sowieso nie ein richtiges Heimatrecht gewährt hatte.
- Vergessen und verdrängt wurde der Großteil der „einfachen Leute“ generell – Bauern, Landarbeiter, kleine Gewerbetreibende, Angehörige ärmerer Familien in den Dörfern.
- Vergessen und verdrängt wurden jene rund 10 000 Fremdarbeiterinnen und Kriegsgefangenen, die noch Anfang 1945 in Vorarlberg zur Zwangsarbeit eingesetzt waren. Wenn man bedenkt, daß viele weg- und andere statt dessen hergekommen sind, waren es insgesamt wohl ein paar Tausend mehr, die gegen wenig oder gar kein Entgelt gezwungenermaßen ihre Arbeitskraft ablieferten. Diese Frauen und Männer zu vergessen fiel wohl schon deshalb leicht, weil die Erinnerung an sie auch ein kritisches Erinnern an leuchtende Symbole Vorarlberger Schaffenskraft bedeutet hätte – an die Stauseen der Illwerke, an Textilbetriebe; überall dort nämlich leisteten Männer und Frauen, vor allem aus Polen und aus der Ukraine unter schlechten bis unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit.
- Vergessen und verdrängt wurden sozial Deklassierte, mit denen man auch heute nicht so richtig umzugehen weiß: psychisch Kranke, Altersschwache, sozial Unangepaßte, Homosexuelle. Sie wurden zu Hunderten Opfer der NS-Verfolgung in Vorarlberg.
- Verdrängt, vergessen schließlich auch die Antimilitaristen, die Deserteure, die Wehrdienstverweigerer, die Kämpfer in den antifaschistischen Armeen. Daß man sie nicht

wahrhaben will oder ihre Verfolgung sogar noch gerechtfertigt findet, hängt mit jener unseligen Tradition zusammen, die auf den Friedhöfen unserer Ortschaften gepflogen wird: Da erscheinen nämlich die, die zu Tausenden zwischen Narvik und Stalingrad in den Tod getrieben wurden, als „fürs Vaterland gefallene Helden“. Mir scheint das verlogen und zynisch. Verlogen und zynisch gegenüber den Gefallenen, deren schmerzvolles und sinnloses Sterben auf den Schlachtfeldern zum Heldentod fürs Vaterland verklärt wird; verlogen und zynisch auch gegenüber den Nachgeborenen, für die die imperialistische Dimension des Zweiten Weltkriegs zu einem patriotischen Abwehrkampf verharmlost wird.

Weil das vorliegende Buch aufgrund dieser Verdrängungen im öffentlichen Bewußtsein Vorarlbergs *ein politisches* und ein *politisch wirksames* Buch sein will, haben sich Autoren und Verlag zu einer besonderen Darstellung entschlossen: keine trockene Dokumentensammlung, sondern ein leserlicher Stil, der auch – ohne Verlust an wissenschaftlicher Seriosität – Nicht-Fachleute zu interessieren vermag. Das Buch behandelt, was die NS-Zeit betrifft, gerade auch die Verfolgung der „kleinen Leute“, darunter vieler Menschen, die nach herkömmlichem Verständnis eher eine Existenz am Rand der Gesellschaft geführt haben und an die sich darum bald niemand mehr erinnert hat. Das Buch behandelt aber auch den „kleinen Widerstand“: Handlungen gegen das Regime, die nicht durch politische Programme oder Weltanschauungen motiviert waren, sondern durch so einfache Gefühle wie Mitleid. Solche Handlungen waren gefährlich und zogen mehr oder weniger strenge Strafen nach sich. Aktenkundig, da behördlicher oder gerichtlicher Verfolgung ausgesetzt, wurden etwa Johann Sinz aus Lochau, der einem französischen Kriegsgefangenen eine angerauchte Zigarette zugesteckt hatte, Maria Heitmanek aus Bregenz, Martin Österle aus Wolfurt, oder die zu sechs Wochen verurteilte Frieda Stich aus Bludenz, weil sie Kriegsgefangenen Lebensmittel geschenkt hatten ...

Ich glaube, daß man – wenn man denn schon Vorbilder braucht – sich *unter anderen* solche Vorarlbergerinnen und Vorarlberger als Beispiel nehmen könnte, ja daß man ruhig auch ein bißchen stolz sein kann, daß es solche Leute hierzulande gegeben hat, und es waren wohl nicht wenige. Doch das menschliche Verhalten dieser Männer und Frauen gegenüber den damaligen Fremdarbeitern würde dann wohl auch eine ganz aktuelle Verpflichtung gegenüber den heutigen fremden Arbeitern bedeuten.

Denn erst, wenn es für uns heute genauso selbstverständlich wäre wie für Frieda Stich und etliche andere Vorarlbergerinnen und Vorarlberger damals, daß wir uns gegenüber Fremden solidarisch verhalten; erst wenn wir türkischen und jugoslawischen Mädchen und Buben, die hier ihre Haupt- oder Handelsschule absolviert haben, das Recht auf eine Lehr- und Arbeitsstelle genauso zusprechen wie jenen, die zufällig einen österreichischen Paß in der Tasche haben; und erst wenn wir die türkischen und jugoslawischen Arbeiterinnen und Arbeiter nicht mehr als Manövriermasse für Konjunkturschwankungen verwenden – mit einem Satz: erst wenn wir – und bittesehr auch *unsere Politiker* – uns gegenüber diesen Menschen so solidarisch verhalten wie Frieda Stich und andere in viel schwierigeren Zeiten, erst dann, glaube ich, ist aus dieser Zeit von 1938 bis 1945 endgültig die Konsequenz gezogen worden.

Dann allerdings könnte sie auch getrost zu einem Spezial-Thema für Historiker werden ...